

Freitag, den 05.03.2021 – 7.-8. Stunde

Demokratie im politischen Mehrebenensystem – Lässt sich die EU durch eine stärkere Rückgabe politischer Entscheidungsbefugnisse an ihre Mitgliedsstaaten retten?

Name: _____

1. **Fasse M zusammen**, indem du die wesentlichen Aussagen strukturiert und komprimiert unter Verwendung eines Einleitungssatzes formulierst. 35%
2. *Mounk schreibt in Zeile 17f. „...die Behauptung, die europäischen Völker würden sich in Brüssel auf bedeutungsvolle Weise selbst regieren, sei kaum haltbar.“*
Erläutere diese Aussage vor dem Hintergrund deines Wissens über Demokratiedefizite der EU (max. 4) 35%
3. **Nimm Stellung** zum Vorschlag Mounks (M) „das Projekt Europa zu retten“. Beziehe in dein Urteil eigene Überlegungen zu Dir aus dem Unterricht bekannten Entwicklungsmöglichkeiten und Risiken einer Zukunft der EU mit ein. 30%

Am Ende bitte Wörter zählen! ☺☺☺

Viel Erfolg!!!

Yascha Mounk ist Politikwissenschaftler und Autor, geboren und aufgewachsen in Deutschland, lehrt unter anderem Internationale Beziehungen an der Johns Hopkins University in Baltimore. Als freier Publizist schreibt er unter anderem für das Magazin "The Atlantic" und die "New York Times". Sein jüngstes Buch "Der Zerfall der Demokratie: Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht" ist 2018 bei Droemer erschienen.

¹ **Souverän:** Inhaber der Staatsgewalt, in Demokratien ist dies das Staatsvolk;

² **postnational:** Zustand, in dem der Nationalstaat überwunden oder abgeschafft ist;

³ **gemeinsame Politikbereiche: Landwirtschaft und Währung:** . In der EU gibt es vergemeinschaftete und weniger stark vergemeinschaftete Politikbereiche; So wird bspw. die Landwirtschaftspolitik nahezu vollständig von der EU betrieben, d.h. die Mitgliedsstaaten der EU nehmen keine eigenen nationalen Regelungen vor. Ebenso ist die Währungspolitik in die Hände der Europäischen Zentralbank gelegt worden, d.h. die Mitgliedsländer der Eurozone betreiben keine eigene Geldpolitik mehr mit ihren Zentralbanken.

⁴ **Diktatoren in Warschau und Budapest:** Gemeint sind die Verfassungsreformen in Polen und Ungarn, in diesen Ländern sind rechtskonservative Parteien an der Macht, welche die demokratischen Grundlagen der politischen Systeme dieser Länder aufweichen. In Polen regiert bspw. die rechtskonservative, gemäßigt Europaskeptische P.I.S. Partei „Recht und Gerechtigkeit“. In Ungarn regiert Viktor Orbán mit seiner Partei Fidesz. Ihm werden massive Menschenrechtseinschränkungen seiner Bürger vorgeworfen.

⁵ **Bürokraten der Europäischen Kommission:** Der EU wird immer wieder ihr großer Beamtenapparat in Brüssel vorgeworfen. Die Beamten der EU Kommission seien nicht gewählt, dominierten jedoch durch ihre Expertise und ihre Anzahl die europäische Politik, so dass die Parlamentarier dem wenig entgegensetzen könnten.

⁶ **Vorgänge in Brüssel und Straßburg:** hier wird angespielt auf die zwei Standorte des Europaparlaments. Die Parlamentarier tagen sowohl in ihrem Parlamentsgebäude in Straßburg als auch in Brüssel.

⁷ **Nationalismus:** ist eine Ordnungsvorstellung (Ideologie), welche eine Identifikation aller Mitglieder einer Nation anstrebt und mit einem souveränen Nationalstaat verbinden will;

⁸ **aggressiver, exklusiver Nationalismus der Rechtspopulisten:** exklusiver Nationalismus wird auch als Chauvinismus bezeichnet und meint ein übersteigertes Wertgefühl, das auf die teilweise aggressive Abgrenzung von anderen Nationen zielt.

⁹ **inklusive Nationalismus:** zielt auf eine Integration aller Teilgruppen einer Gesellschaft, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung und ihrer kulturellen Identität ab; die republikanische Tradition und die demokratische Verfassung werden bspw. in das Zentrum gestellt.

¹⁰ **Stimmrecht suspendieren und Subventionen einfrieren:** meint, dass die Mitbestimmung der betreffenden Nation für einen bestimmten Zeitraum ausgesetzt wird und dass unterstützende Zahlungen der EU für einen bestimmten Zeitraum unterbleiben;

¹¹ **Gründungsmythos:** meint eine Ursprungserzählung, die teilweise auf Fiktion beruht, jedoch als verbindlich wahrgenommen wird;

[Material] Yascha Mounk: Nur radikale Reformen können die EU retten – Essay - [Auszug]

[...] Die EU behauptet von sich, ein Club demokratischer Werte zu sein; tatsächlich aber toleriert sie Diktatoren in ihrer Mitte. Die EU behauptet von sich, demokratische Entscheidungen zu treffen; tatsächlich aber schenkt der vermeintliche Souverän¹ den Vorgängen in Brüssel wenig Beachtung und hat über sie kaum Kontrolle. Und die EU behauptet von sich, einen immer engeren Verbund zwischen ihren Mitgliedstaaten schmieden zu wollen; tatsächlich aber sind Träume von einer postnationalen² Zukunft schon längst Geschichte.

Die Europäische Union ordnet mittlerweile die europäische Landwirtschaft und die europäische Währung³. Sie bestimmt, welche Produkte wie produziert werden dürfen. ... Dafür gibt es gute Gründe. Viele deutsche Staatsbürger verstehen durchaus, warum sie ihre Souveränität zu einem solch hohen Grad mit französischen oder schwedischen Staatsbürgern teilen sollten. Denn alleine hat Deutschland nur sehr begrenzten Einfluss auf die Welt. Ernste Probleme – zum Beispiel im Umweltschutz – können kleine oder mittelgroße europäische Staaten allein kaum lösen. Indem sie sich im Rahmen der EU zusammenschließen, wird ihre Stimme viel lauter.

Das bedeutet aber auch, dass es einen großen Unterschied macht, wer da genau mit am Tisch sitzt. Und mittlerweile teilen deutsche Bürger ihre Souveränität eben nicht nur mit den freien Bürgern anderer demokratischer Staaten – sondern auch mit aufstrebenden Diktatoren in Warschau und Budapest⁴. [...]

Die Verfassung der EU ist in den letzten Jahrzehnten ein wenig demokratischer geworden. Das Europäische Parlament hat heute mehr Kompetenzen. Von Athen bis Helsinki schenken Menschen den Wahlen zum Europäischen Parlament gar ein wenig mehr Beachtung, als sie es früher taten. Trotzdem ist die Behauptung, die europäischen Völker würden sich in Brüssel auf bedeutungsvolle Weise selbst regieren, kaum haltbar. [...]

Selbst wenn man sie zu den Parlamenten in Berlin oder Paris befragt, haben die meisten Wähler das Gefühl, kaum Einfluss auf das dortige Geschehen zu haben. Im Falle von Brüssel ist das Gefühl der Ohnmacht verständlicherweise noch viel stärker. Erschwerend kommt hinzu: Das einzige Gremium, das gegenüber den Regierungsvertretern des Europäischen Rats und den Bürokraten⁵ der Europäischen Kommission ein demokratisches Gegengewicht ausüben sollte, ist dieser Aufgabe nicht gewachsen. Vor ein paar Jahrzehnten war es vielleicht noch realistisch, darauf zu hoffen, dass die europäischen Völker den Vorgängen im Europäischen Parlament irgendwann echte Aufmerksamkeit schenken würden. Doch auch heute werden die Vorgänge in Brüssel und Straßburg⁶ in den Abendnachrichten noch weithin ignoriert. [...] Die Entscheidungsgewalt der EU gleicht in vielen Bereichen ... zunehmend der einer Nation. Aber die europäische Öffentlichkeit ist weiterhin so zersplittert wie in einem losen Staatenbund. Gerade deshalb entbehren die europäischen Institutionen immer stärker der demokratischen Legitimation.

Als Anfang der Neunzigerjahre aus der Europäischen Gemeinschaft die Europäische Union wurde, gelobten die Mitgliedsstaaten die „Schaffung einer immer engeren Union der europäischen Völker“. Dies drückte so klar wie nie zuvor die Grundlogik des europäischen Projekts aus. Demnach hat Brüssel nur einen Vorwärtsgang. ... Irgendwann sollte aus den europäischen Völkern ein einziges, eng vereintes europäisches Volk werden. [...]

Die einzig realistische Weise, den Nationalismus⁷ im 21. Jahrhundert besser zu bändigen als Europa dies im 20. Jahrhundert geschafft hat, ist es deshalb, seine Bedeutung zu wandeln. Dem aggressiven, exklusiven Nationalismus der Rechtspopulisten⁸ muss ein friedlicher, inklusiver Nationalismus⁹ der Demokraten entgegengestellt werden. Dieser Nationalismus ist durchaus mit einer starken europäischen Identität und starken europäischen Institutionen vereinbar. Mit einer „immer engeren Union“, die letztlich auf ein einziges europäisches Volk zusteuert, aber eben nicht. [...]

Die einzig realistische Weise, das Projekt Europa zu retten, ist deshalb, die Realität der Europäischen Union radikal zu erneuern. Dazu bedarf es fantasievoller Reformen, die auf die drei fundamentalen Probleme des heutigen Europas echte Antworten geben.

Es muss dafür gesorgt werden, dass Bürger freier Länder ihre Souveränität nicht mehr mit den Untertanen unfreier Diktaturen teilen müssen. Deshalb muss die EU endlich die Kraft finden, viel härter mit undemokratisch regierten Mitgliedsländern umzugehen: Ihr Stimmrecht muss suspendiert und ihre Subventionen eingefroren¹⁰ werden. Wenn dies zu keiner Besserung führt, muss es einen realistischen Mechanismus für ihren Ausschluss geben.

Und das demokratische Defizit muss endlich angegangen werden. Das Europäische Parlament sollte gegenüber dem Europäischen Rat und der EU-Kommission viel mehr Macht bekommen. Gleichzeitig müssen Entscheidungen, die ebenso gut in nationalen Parlamenten wie in Brüssel getroffen werden könnten, an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden.

Vor allem aber müssen wir von dem unrealistischen Gründungsmythos¹¹ der Europäischen Union abrücken. Europa ist heute gelebte Realität. Die Freundschaft zwischen europäischen Völkern, die Tag für Tag auf ganz natürliche Weise – in Hotels und Wohnzimmern, in Restaurants und Konzerthallen – ausgelebt wird, wäre vor siebzig Jahren wie ein Wunder erschienen. [...] ...sollten diejenigen, denen Europa besonders am Herzen liegt, endlich offen von der Idee einer „immer engeren Union“ abrücken.